

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Täterschaft und Teilnahme	1
1. Abschnitt: Beteiligungsformen bei der Vorsatz- und Fahrlässigkeitstat	1
A. Numerus clausus der Beteiligung bei der Vorsatztat	1
I. Täterschaftsformen	1
II. Teilnahmeformen	2
B. Beteiligung an der Fahrlässigkeitstat	2
I. Einheitstäterbegriff	2
II. Mittäterschaft bei der Fahrlässigkeitstat	2
C. Subjektqualität	3
I. Täterqualität	3
II. Strafausdehnung auf Vertreter nach § 14	4
2. Abschnitt: Reichweite der unmittelbaren Täterschaft	6
A. Täter ist, wer die Tathandlung vollständig allein verwirklicht	6
B. Unmittelbare Täterschaft in sonstigen Fällen	7
■ Zusammenfassende Übersicht: Subjektqualität als Mindestvoraussetzung jeder Täterschaft, Reichweite unmittelbarer Täterschaft	8
3. Abschnitt: Mittäterschaft, § 25 Abs. 2	9
A. Reichweite der Mittäterschaft	9
B. Voraussetzungen der Mittäterschaft nach § 25 Abs. 2	9
I. Gemeinsamer Tatplan	9
II. Gemeinschaftliche Tatbegehung	11
1. Mitverursachungsbeitrag	11
2. (Mit-)Täterschaftliche Gleichrangigkeit der Mitwirkung	11
C. Aufbau	13
D. Mittäterschaft im Ausführungsstadium	16
Fall 1: Additives und alternatives Zusammenwirken	16
E. Mittäterschaft durch Mitwirkung im Vorbereitungsstadium	18
Fall 2: Streit zwischen enger und weiter Tatherrschaftslehre	18
F. Auswirkungen des vorzeitigen Ausstiegs eines Mittäters	21
Fall 3: Offengelegter vorzeitiger Tatausstieg	21
G. Sukzessive Mittäterschaft	24
I. Zeitliche Grenzen	24
II. Sachliche Grenzen	25
H. Mittäterschaft durch Gremien- oder Kollegialentscheidungen	26
I. Mittäterschaft durch Unterlassen	26
I. Gemeinschaftliche Verwirklichung eines echten/unechten Unterlassungsdelikts	26
II. Mittäterschaft durch Unterlassen neben einem Aktivtäter	27
Fall 4: Streit zur Abgrenzung der Täterschaft durch Unterlassen von der Beihilfe durch Unterlassen	27

4. Abschnitt: Mittelbare Täterschaft	30
A. Reichweite der mittelbaren Täterschaft	30
B. Voraussetzungen der mittelbaren Täterschaft nach § 25 Abs. 1 Alt. 2	31
C. Aufbau	32
D. Mittelbare Täterschaft nach dem Verantwortungsprinzip	33
I. Die anerkannten Fälle mittelbarer Täterschaft nach dem Verantwortungsprinzip	34
1. Der Vordermann handelt ohne Tatvorsatz	34
2. Der Vordermann handelt gerechtfertigt	35
3. Der Vordermann handelt im Erlaubnistatbestandsirrtum	35
4. Der Vordermann handelt ohne Schuld	35
II. Die umstrittenen Fälle mittelbarer Täterschaft durch tatbestandslos Handelnde	36
1. Mittelbare Täterschaft durch Veranlassung einer Selbstschädigung	36
Fall 5: Streit zwischen Vorsatz-/Schuldlehre und Einwilligungstheorie	36
2. Mittelbare Täterschaft durch tatbestandslos, aber „dolos“ Handelnde	38
Fall 6: Streit zwischen psychologisierender und normativer Tatherrschaftslehre	39
E. Mittelbare Täterschaft des „Täters hinter dem Täter“	44
I. „Schreibtischtäter“	45
II. Hervorrufen eines Irrtums über den konkreten Handlungssinn	46
1. Irrtum über gesetzliche Qualifikationsmerkmale	46
2. Manipulierter error in persona vel objecto	46
3. Vermeidbarer Verbotsirrtum des Handelnden	47
4. Irrtum über die Höhe des angerichteten Schadens, sog. gradueller Tatbestandsirrtum	48
F. Mittelbare Täterschaft und Unterlassen	49
I. Aktive Veranlassung eines anderen zu dessen Untätigkeit	49
II. Nichtthinderung der Aktivtat durch einen Garanten	50
■ Zusammenfassende Übersicht: Mittelbare Täterschaft nach der objektiven und subjektiven Theorie	51
5. Abschnitt: Teilnahme	52
A. Gemeinsamkeiten von Anstiftung und Beihilfe	52
B. Aufbau	52
C. Die limitiert-akzessorische Haupttat	53
I. Die gesetzlichen Erfordernisse nach den §§ 26, 27	53
Fall 7: Teilnahme am erfolgsqualifizierten Delikt	54
II. Teleologische Grenzen der Teilnahmefähigkeit	57
D. Anstiftung	58
I. Verursachung des Tatentschlusses	58
II. Mittel der Verursachung	59
III. Anstiftung durch Unterlassen	60

IV. Anstiftung eines schuldunfähigen Kindes	60
Fall 8: Anstiftung eines schuldunfähigen Kindes	61
E. Beihilfe	64
I. Förderung	64
II. Restriktionen der Beihilfe bei neutralen Handlungen	66
Fall 9: Kriterien für „berufstypische“ und straflose Beihilfehandlungen	66
III. Zeitpunkt der Beihilfe, insbesondere sukzessive Beihilfe	68
IV. Beihilfe durch Unterlassen	69
F. Teilnehmervorsatz	69
I. Vorsatz bzgl. der vorsätzlich-rechtswidrigen Haupttat	69
II. Vorsatz bezüglich des eigenen Teilnehmerbeitrages	70
III. Erfolgswille	70
Fall 10: Tatveranlassung durch agent provocateur (Teilnehmer ohne Erfolgswillen)	71
■ Zusammenfassende Übersicht: Das Teilnahmedelikt	74
G. Mehrfache Beteiligung	75
I. Mehrfache Beteiligung derselben Person auf derselben Beteiligungsstufe	75
II. Mehrfache Beteiligung derselben Person auf verschiedenen Stufen	75
III. Gleichzeitige Teilnahme mehrerer Personen	76
IV. Zeitlich aufeinanderfolgende Teilnahme mehrerer Personen	76
H. Vorstufen der Verbrechensbeteiligung, §§ 30, 31	76
I. Bezugstat: Konkretisiertes Verbrechen	77
II. Die in § 30 erfassten Vorstufen der Verbrechensbeteiligung	78
1. Versuchte Anstiftung und versuchte Kettenanstiftung zum Verbrechen, § 30 Abs. 1 S. 1	78
2. Annahme des Erbietens eines anderen, ein Verbrechen zu begehen oder dazu anzustiften, § 30 Abs. 2 Var. 2	79
3. Sichbereiterklären, ein Verbrechen zu begehen oder dazu anzustiften, § 30 Abs. 2 Var. 1	80
4. Verabredung mit einem anderen, ein Verbrechen zu begehen oder dazu anzustiften, § 30 Abs. 2 Var. 3	80
III. Strafbare Vorstufen der Tatbeteiligung	81
IV. Rücktritt vom Versuch der Beteiligung, § 31	82
V. Subsidiarität	82
Fall 11: Verbrechensverabredung zum Schein	82
I. Die „besonderen persönlichen Merkmale“ und § 28	85
I. Begriff und Abgrenzung zu anderen Deliktsmerkmalen	85
1. Tatbezogene Merkmale	85
2. Besondere persönliche Merkmale	85
a) Arten besonderer persönlicher Merkmale	86
b) Gemeinsamkeit untereinander und Unterschied zu tatbezogenen Merkmale	87
c) Abgrenzung zwischen persönlichen und tatbezogenen Merkmalen	87
d) Allgemeine persönliche Merkmale	88

II. Rechtsfolgen des Fehlens oder Vorliegens besonderer persönlicher Merkmale, § 28	88
1. Unterschiede bei strafbegründenden Merkmalen, § 28 Abs. 1	88
2. Unterschiede bei strafändernden persönlichen Merkmalen	89
2. Teil: Versuch und Rücktritt	93
1. Abschnitt: Versuch	93
A. Notwendiges Durchgangsstadium und Strafgrund	93
I. Verwirklichungsphasen jeder Vorsatztat	93
II. Keine Strafbarkeit aus Vorsatztat ohne Versuch	94
Fall 12: Vollendung vor Versuchsbeginn; das unmittelbare Ansetzen als zeitlicher Fixpunkt für die Vorsatzfeststellung	94
III. Strafgrund des Versuchs	96
B. Voraussetzungen des Versuchsdelikts	97
I. Strafbarkeit des Versuchs	97
II. Tatentschluss und unmittelbares Ansetzen	97
III. Rücktritt	98
IV. Aufbau des Versuchs	98
1. Kurze fallabhängige „Vorprüfung“	98
2. Fallgruppen fehlender Vollendungsstrafbarkeit	99
3. Nur bei Anhaltspunkten im Sachverhalt	100
4. Kardinalfehler: Versuchsbeginn vor Tatentschluss	100
5. Rücktritt vor Strafzumessung	100
C. Der Versuch des Begehungsdelikts	101
I. Tatentschluss	101
1. Endgültigkeit der Entschlussfassung	101
2. Vorsatz	101
a) Besondere Vorsatzformen	102
b) Vorsatzbedürftige Merkmale aus dem Strafrecht AT	102
c) Irrtümer und Versuch	102
Fall 13: Untauglicher Versuch und Versuch aus grobem Unverstand	103
■ Zusammenfassende Übersicht: Tatentschluss	107
II. Versuchsbeginn: Unmittelbares Ansetzen	107
1. Ausgangspunkt: Vorstellung des Täters von der Tat	107
2. Unmittelbares Ansetzen	108
a) Versuchsbeginn bei Teilverwirklichung	108
b) Versuchsbeginn im Vorfeld der Tatbestandsverwirklichung	109
Fall 14: Die Kombinationsformel	109
c) Unmittelbares Ansetzen bei abgeschlossenem Täterhandeln	113
Fall 15: Früherer Versuchsbeginn nach der Entlassungstheorie	113
D. Der Versuch des unechten Unterlassungsdelikts	115
I. Tatentschluss	115
II. Strafbarkeit des untauglichen Unterlassungsversuchs	115
III. Versuchsbeginn	116

E. Versuch und actio libera in causa-Tat	116
F. Der Versuch bei Qualifikationen und bei besonders schweren Fällen	117
G. Der Versuch bei erfolgsqualifizierten Delikten	118
I. Strafbarkeit des Versuchs	118
II. Versuchsformen	119
H. Der Versuch bei Mittätern	120
I. Der Versuch bei mittelbarer Täterschaft	121
I. Besonderheiten beim Tatentschluss	121
II. Versuchsbeginn	121
■ Zusammenfassende Übersicht: Versuchsbeginn	123
2. Abschnitt: Rücktritt vom Versuch, § 24	123
A. Rechtsgrund und Rechtsnatur	123
B. Voraussetzungen des Rücktritts des Alleintäters, § 24 Abs. 1	124
I. Keine Strafbarkeit aus Vollendungstat	124
II. Rücktrittshandlung	124
1. Freiwilliges Aufgeben der weiteren Ausführung der Tat, § 24 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 = Rücktritt vom unbeendeten Versuch	124
2. Freiwillige Verhinderung der Tatvollendung, § 24 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 = Rücktritt vom beendeten Versuch	125
3. Freiwilliges und ernsthaftes Bemühen der Vollendungsverhinderung, § 24 Abs. 1 S. 2 = Rücktritt bei fehlender Verhinderungskausalität	126
III. Kein Fehlschlag des Versuchs	126
1. Anerkannte Rechtsfigur	126
2. Kein Fehlschlag wegen rechtlicher Unmöglichkeit der Vollendung	127
3. Kein Fehlschlag wegen Sinnlosigkeit des Weiterhandelns	128
C. Rechtsfolgen und Reichweite des Rücktritts	128
I. Qualifizierter Versuch	128
II. Teilbarkeit des Rücktritts	128
III. Erneuter Versuch nach Rücktritt	130
D. Die Rücktrittsvoraussetzungen im Einzelnen	130
I. Keine Vollendung	131
1. Zurechenbare Tatvollendung schließt Rücktritt aus	131
Fall 16: Nachträglicher Wegfall des Vollendungswillens	132
2. Rücktritt bei nur irrtümlich angenommener Tatvollendung	133
3. Rücktritt bei nicht zurechenbarem Erfolgseintritt	133
II. Rücktritt bei mehraktigem Versuchsgeschehen	134
1. Vom Täter erkanntes Misslingen der ersten Ausführungshandlungen	134
Fall 17: Abgrenzung des unbeendeten vom fehlgeschlagenen und vom beendeten Versuch; Einzelakttheorie gegen Gesamt- betrachtungslehre	134
2. Rücktrittshorizont ist das letzte – wenn auch zwischenzeitlich korrigierte – Vorstellungsbild des Täters	138
Fall 18: Zwischenzeitliche Annahme der Tatvollendung	138

3. Keine Zäsur eines mehraktigen Versuchsgeschehens durch erkannte Sinnlosigkeit des Weiterhandelns	140
Fall 19: Fehlschlag und außertatbestandliche Zielverfehlung oder -erreichung	140
■ Zusammenfassende Übersicht: Rücktritt nach § 24 Abs. 1 (bei mehraktigem Versuchsgeschehen)	143
III. Rücktritt nach § 24 Abs. 1 S. 1 Alt. 1	144
Fall 20: Aufgeben der Tatausführung; Streit zwischen normativem und psychologischem Freiwilligkeitsbegriff	144
IV. Rücktritt nach § 24 Abs. 1 S. 1 Alt. 2	147
Fall 21: Streit über die Vollendungsverhinderung bei nur „halbherzigem“ Rücktritt	147
V. Rücktritt nach § 24 Abs. 1 S. 2	149
Fall 22: Anforderungen an ernsthaftes Bemühen	149
VI. Rücktritt vom Versuch des unechten Unterlassungsdelikts	150
1. Fehlschlag	150
2. Lehre von der Gesamtbetrachtung und dem Rücktrittshorizont	150
3. Unbeendeter und beendeter Unterlassungsversuch	150
4. Sonderfall: Rücktritt vom Unterlassungsversuch durch Unterlassen	151
VII. Rücktritt von Versuchstaten im Rausch	152
1. Rücktritt von der actio libera in causa-Tat	152
2. Rücktritt vom Versuch der Rauschtat	152
E. Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten, § 24 Abs. 2	153
I. Begrenzter persönlicher Anwendungsbereich	153
II. Voraussetzungen und Aufbau des § 24 Abs. 2	154
1. Rücktritt durch Verhindern der Tatvollendung, § 24 Abs. 2 S. 1	154
2. Rücktritt bei fehlender Verhinderungskausalität, § 24 Abs. 2 S. 2	154
■ Zusammenfassende Übersicht: Rücktritt vom Versuch mit mehreren Beteiligten gemäß § 24 Abs. 2	156
3. Teil: Irrtum	157
1. Abschnitt: Einteilung und gesetzliche Regelung	157
2. Abschnitt: Irrtum des Alleintäters	159
A. Irrtumslagen auf der Ebene des Tatbestandes	159
I. Vorsatzgegenstand	159
II. Vorsatzinhalt, Irrtum in Bezug auf äußere Tatbestandsmerkmale	160
1. Tatsachenkenntnis und Parallelwertung in der Laiensphäre	160
a) „Umstände“ i.S.v. § 16 Abs. 1 S. 1 sind zuallererst Tatsachen	160
b) Bedeutungskennntnis bei normativ geprägten Tatbestands- merkmalen	161
c) Vorsatzausschluss und untauglicher Versuch bei Rechtsirrtum	162
Fall 23: Bierdeckel-Fall; Lehre von der Parallelwertung in der Laiensphäre	162
Fall 24: Umkehrung der Lehre von der Parallelwertung	165

2. Doppelirrtümer auf Tatbestandsebene	168
a) Doppelirrtum über verschiedene Varianten desselben Tatbestandes	168
b) Doppelirrtum als Tatsachen- und Rechtsirrtum	169
Fall 25: Vorsatzbegründende Wirkung eines umgekehrten Verbotsirrtums	169
3. Irrtümer über staatliche Genehmigungserfordernisse	170
4. Irrtum über die Täter Eigenschaft bei Sonderdelikten	172
5. Irrtumsbesonderheiten beim unechten Unterlassungsdelikt	173
a) Irrtum über die Möglichkeit und Zumutbarkeit der zur Erfolgs- abwendung objektiv gebotenen Handlung	173
b) Irrtum über die Garantenstellung	174
c) Rechtsirrtum über die Garantenpflicht	174
6. Irrtum über qualifizierende Tatbestandsmerkmale	176
7. Irrtum über erfolgsqualifizierende Merkmale	176
8. Irrtum über privilegierende Tatbestandsmerkmale	177
■ Zusammenfassende Übersicht: Irrtum über die äußeren Unrechtsmerkmale	178
III. Vorsatz und Irrtum über den Kausalverlauf	179
Fall 26: Irrige Annahme des Erfolgs eintritts beim ersten von zwei Handlungsakten	179
■ Zusammenfassende Übersicht: Irrtum über den Kausalverlauf	182
IV. Vorsatz und Zielverfehlung	183
1. Aberratio ictus	183
Fall 27: Abgrenzung zum error in persona vel objecto	183
2. Aberratio ictus nach error in persona	186
V. Vorsatzinhalt und Irrtum bezüglich der objektiven Zurechnung	187
B. Der Irrtum über die Rechtswidrigkeit	188
I. Objektive Rechtfertigung bei subjektiver Rechtswidrigkeit	188
1. Fehlendes oder unzureichendes subjektives Rechtfertigungselement	188
2. Rechtsirrtum über die Grenzen des Erlaubnissatzes zuungunsten des Täters	189
II. Objektive Rechtswidrigkeit bei subjektiver Rechtfertigung – Erlaubnistatbestandsirrtum und Erlaubnisirrtum	190
1. Erlaubnistatbestandsirrtum	190
a) Irrige Annahme rechtfertigender Umstände beim Haupttäter und Konsequenzen für Tatbeteiligte ohne Irrtum	190
Fall 28: Meinungsstreit zwischen Vorsatztheorien sowie strenger und eingeschränkter Schuldtheorie und ihren Untermeinungen	190
b) Irrige Annahme rechtfertigender Umstände beim Haupttäter und Konsequenzen für Teilnehmer mit demselben Irrtum	197
Fall 29: Irrtum des Teilnehmers über die Rechtswidrigkeit der Haupttat	197
c) Zweifel über das Vorliegen rechtfertigender Tatumstände	198

2. Erlaubnisirrtum	198
Fall 30: Streitentscheidung gegen die Vorsatztheorien; Auswirkung auf Teilnehmer mit demselben Irrtum	199
3. Doppelirrtum	202
a) Mehrfacher Tatsachenirrtum, mehrfacher Rechtsirrtum	202
b) Gleichzeitiger Tatsachen- und Rechtsirrtum	202
■ Zusammenfassende Übersicht: Irrtum über Rechtfertigungsgründe	204
C. Irrtum und Schuld	205
I. Irrtum über die eigene Schuldfähigkeit	205
II. Irrtümer des Schuldunfähigen	205
1. Pathologisch bedingte Tatbestandsirrtümer	205
2. Rauschbedingte Irrtümer	205
a) Identitätsirrtum des actio libera in causa-Täters	205
b) Rauschbedingte Irrtümer bei der Rauschtat im Zusammenhang mit Vollrausch, § 323 a	206
III. Der Irrtum über Entschuldigungsgründe	206
1. Objektiv Entschuldigung bei subjektiv nicht vorliegender Entschuldigung	206
2. Objektiv keine Entschuldigung bei subjektiver Entschuldigung	207
a) Entschuldigungsirrtum	207
b) Putativnotwehrexzess	207
Fall 31: Reichweite von § 33	207
D. Irrtum über Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgründe	209
E. Irrtum über Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse	210
F. Irrtum über Regelbeispiele	210
I. Unkenntnis von Tatsachen, die objektiv ein Regelbeispiel erfüllen	210
II. Irrige Annahme von Umständen, die ein Regelbeispiel erfüllen	211
G. Irrtum über objektive Strafbarkeitsbedingungen	211
■ Zusammenfassende Übersicht: Irrtum über Schuldelemente/Prozess- voraussetzungen etc.	212
3. Abschnitt: Irrtum unter Tatbeteiligten	213
A. Auswirkungen eines error in persona vel objecto des Tatnächsten auf andere Tatbeteiligte	213
I. Identitätsirrtum eines Mittäters	213
Fall 32: Verfolgerfall	213
II. Auswirkung eines Identitätsirrtums des Täters auf Anstifter	216
Fall 33: „Rose-Rosahl“-Fall (Der Klausurklassiker)	216
III. Auswirkungen eines Identitätsirrtums des Tatmittlers auf den mittelbaren Täter	219
Fall 34: Auswahlfehler des unvorsätzlichen Werkzeugs	219
■ Zusammenfassende Übersicht: Auswirkungen des Identitätsirrtums auf Tatbeteiligte	221

B. Irrtum über die eigene Tatrolle eines Beteiligten	221
I. Vermeintliche Mittäterschaft	221
Fall 35: Untauglicher Versuch durch Scheinmittäter	221
II. Vermeintliche mittelbare Täterschaft	224
III. Objektiv mittelbare Täterschaft bei subjektiver Anstiftung	225
Fall 36: Täterwille allein erzeugt keine vorsätzliche Haupttat	225
IV. Objektive Anstiftung bei subjektiver mittelbarer Täterschaft	226
Fall 37: Streit zwischen „aliud-Theorie“ und „Plus-Minus-Theorie“	226
4. Teil: Konkurrenzen	230
1. Abschnitt: Begriff, Bedeutung und Funktionen	230
2. Abschnitt: Aufbau	230
A. Prüfungsschritte	231
I. Abschichten unselbstständiger Gesetzesverletzungen	231
II. Verwirklichung durch dieselbe Handlung oder Handlungseinheit	231
III. Gesetzeskonkurrenz	231
B. Scheinbare Mehrheit von Gesetzesverstößen	232
I. Delikte mit pauschalierender Handlungsbeschreibung	232
II. Mehraktige und zusammengesetzte Delikte	233
III. Unselbstständige Intensivierungen desselben Unrechtserfolges	233
C. Von Handlungseinheit zur Tateinheit verschiedener Gesetzesverletzungen	234
I. (Teil-)Identität der Ausführungshandlungen	235
1. Eine Handlung im natürlichen Sinne	235
2. Natürliche Handlungseinheit	235
3. Überschneidung mit rechtlichen Handlungseinheiten	236
4. Klammerwirkung	237
II. Gesetzeskonkurrenz bei Handlungseinheit	237
1. Spezialität	238
2. Subsidiarität	238
a) Formelle Subsidiarität	239
b) Materielle Subsidiarität	239
3. Konsumtion	240
III. Tateinheit (= Idealkonkurrenz), § 52	241
D. Von der Handlungsmehrheit zur Tatmehrheit verschiedener Gesetzes-	
verletzungen	242
I. Gesetzeskonkurrenz bei Handlungsmehrheit	242
1. Mitbestrafte Vortat	243
2. Mitbestrafte Nachtat	243
II. Tatmehrheit (= Realkonkurrenz), § 53	244
■ Zusammenfassende Übersicht: Vorerörterung bei mehrfacher Verletzung	
derselben Strafvorschrift	247

5. Teil: Die rechtliche Bewältigung unklarer Sachverhalte	248
1. Abschnitt: Überzeugung von der Schuld und Zweifelssatz	248
2. Abschnitt: Aufbau	249
3. Abschnitt: In dubio pro reo-Grundsatz	250
A. Reichweite des Zweifelssatzes	250
B. Der Zweifelssatz bei normativen Stufenverhältnissen	251
C. Mehrfache Anwendung des Zweifelssatzes	252
4. Abschnitt: Tatsachenalternativität (unechte Wahlfeststellung)	252
Fall 38: Sachverhaltszweifel ohne Rechtsnormungewissheit	252
5. Abschnitt: Postpendenz	253
Fall 39: Voraussetzungen und Grenzen der Postpendenz	254
6. Abschnitt: Ungleichartige (oder auch: echte) Wahlfeststellung	256
Fall 40: Herstellung der Wahlfeststellungsfähigkeit durch Reduktion; Verfassungsmäßigkeit der echten Wahlfeststellung	256
■ Zusammenfassende Übersicht: in dubio pro reo (Zweifelssatz)	260
6. Teil: Rechtsfolgen der Tat (Überblick)	261
1. Abschnitt: Strafen	261
A. Freiheitsstrafe	261
B. Geldstrafe	261
C. Fahrverbot	262
2. Abschnitt: Maßregeln der Besserung und Sicherung	262
3. Abschnitt: Nebenfolgen einer Straftat	263
4. Abschnitt: Weitere Maßnahmen	263
Stichwortverzeichnis	265